

Brüssel, 26.März 2020

Gemeinsame Erklärung zum Ausbruch von COVID-19: Auswirkungen auf die Sozialdienste und erforderliche Unterstützungsmaßnahmen

Da sich das Coronavirus in ganz Europa ausbreitet und Staaten nach und nach eine Abriegelung einführen, machen wir auf die Bedrohung aufmerksam, die das Virus für Pflegeorganisationen und die rund [11 Millionen Arbeitnehmer in den Sozialdiensten](#) in der EU darstellt, die eine entscheidende Rolle in der Pflege und Unterstützung von Millionen von EU-Bürgern spielen. Die Arbeitnehmer, die in engem Kontakt mit älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen und anderen pflege- und unterstützungsbedürftigen Menschen stehen, sind täglich dem Coronavirus und dem Risiko einer Infektion ausgesetzt.

Die Ausbreitung von Covid-19 setzt Langzeitpflegedienste unter Druck, die seit Jahren unterfinanziert und folglich oft unterbesetzt sind. Die bereits bestehenden Finanzierungs- und Personalschwierigkeiten vervielfachen sich angesichts der aktuellen Krise, was im schlimmsten Fall zur vollständigen Schließung einiger Pflegezentren und anderer Einrichtungen führen kann. Für diejenigen, die Unterstützung in der häuslichen Pflege benötigen, ist diese Situation nur dann nachhaltig, wenn sie weiterhin auf die Unterstützung von Pflegefachleuten zählen können.

Deshalb fordern wir die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission auf, eine Reihe von Sofortmaßnahmen zu unterstützen, um dem Sozialdienstleistungssektor zu helfen, die gegenwärtige Situation zu bewältigen.

Konkret rufen wir dazu auf:

- **Die Kontinuität der Betreuungs- und Unterstützungsdienste und die Stabilität der an der Bereitstellung dieser Dienste beteiligten Akteure zu gewährleisten.** Da diese Dienste für die Unterstützung von Millionen von Europäern unerlässlich sind, müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschützt werden, indem sichergestellt wird, dass bereits bestehende Verträge auch im Falle von Unterbrechungen der Dienste aufrechterhalten und finanziert werden.
- **Die Vergütung und Einkommensunterstützung für alle Pflegekräfte in diesem Sektor muss garantiert werden,** und es muss verhindert werden, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren, zum Beispiel durch öffentlich finanzierte Kurzarbeitsprogramme.
- **Ausstattung der Pflegekräfte mit geeignetem Schutzmaterial** wie Masken, hydroalkoholischer Lösung, Schutzbrillen und Handschuhen, und Gewährleistung des Zugangs

zu verlässlichen Informationen und Schulungen über Sicherheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz in allen im Arbeitsbereich verbreiteten Sprachen.

- **Sicherstellung von Sicherheitsprotokollen in Pflegeheime und andere Heimpflegedienste**, um im Falle eines Ausbruchs schnell reagieren und die Bewohner/Begünstigten und das Personal schützen zu können. Diese Protokolle müssen auch Vorbereitungen für ein Worst-Case-Szenario enthalten, in dem Krankenhäuser ihre maximale Kapazität erreichen und Notfälle in Pflegeheimen nicht mehr behandelt werden können.
- **Erleichterung des Zugangs der Sozialdienste zu EU- und nationalen Mitteln zur sofortigen finanziellen Unterstützung** von Löhnen und anderen Kosten, einschließlich der Finanzierung innovativer Reaktionen auf die Krise, wie z.B. die Bereitstellung von Fernhilfe.
- **Durch nationale Gesetze oder Tarifverträge das Recht auf bezahlte Krankentage, Flexibilität und andere Maßnahmen sichern**, die notwendig sind, damit Arbeitnehmer in den Sozialdiensten die Gesundheit der Menschen, die sie betreuen, und ihre eigene Gesundheit schützen können.
- Unterstützung gewährleisten, um sicherzustellen, dass die **Kinder von Arbeitnehmern der Sozialdienste betreut werden können**.
- Da viele Pflegesysteme auf grenzüberschreitende Bewegungen angewiesen sind, **Ausnahmen für Pflegekräfte machen, um nationale Grenzen zu überqueren**, die als Reaktion auf die Verbreitung des Virus geschlossen wurden.

Während dieses Notfalls im Bereich der öffentlichen Gesundheit unterstützen die Sozialpartner in den Sozialdiensten die Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission bisher ergriffen haben, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen, voll und ganz. Gleichzeitig schlagen wir Alarm und fordern die **Aufrechterhaltung und den weiteren Ausbau der Unterstützungsmaßnahmen für unseren Sektor, der für die Unterstützung der am stärksten gefährdeten Personen in Europa von entscheidender Bedeutung ist.**

Mit dieser Erklärung bringen wir auch gemeinsam unsere **uneingeschränkte Solidarität zum Ausdruck und loben die Bemühungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Sozialdienste**, die für das Wohlergehen der europäischen Bürgerinnen und Bürger unerlässlich, und entscheidender Bestandteil der Überwindung einer solchen Krise sind.



Jan Willem Goudriaan
EPSU Generalsekretär



Gregor Tomschizek
President Social Employers